

Verlag: Sozialistischer Verlag o. G. m. b. H. Berlin 1, Nikolaistraße 49/50.

Verlag: Ring 8887, - Verlag: Berlin, Nikolaistraße 49/50.

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Abonnement: 20 Pf. - Durch Aufträge oder durch die Post: monatlich 1,65 Mk., vierteljährlich 4,95 Mk. post und frank.

Postfachkonto: Nr. 23886, Sozialistischer Verlag, o. G. m. b. H., Berlin.

Anzeigenpreise: Die Spaltenzeile (10 Zeilen hoch) kostet 1,50 Mk., 5 Zeilen hoch 0,75 Mk., 2 Zeilen hoch 0,40 Mk., 1 Zeile hoch 0,25 Mk. Die Spaltenzeile (10 Zeilen hoch) kostet 1,50 Mk., 5 Zeilen hoch 0,75 Mk., 2 Zeilen hoch 0,40 Mk., 1 Zeile hoch 0,25 Mk.

Wer schützt die Republik?

U. S. P. und Vollzugsrat.

Die Erkenntnis der völligen Unzulänglichkeit aller bisherigen demokratischen Sicherungen hat die Soldateska und ein Teil der Beamtenschaft den Mittelparteien endlich und endgültig beigebracht.

Die U. S. P. D. ist damit politisch und moralisch zur führenden Partei geworden. Vorher leugnete man ihre Argumente ab, erkannte kaum ihre Schlussfolgerungen nicht an und ihre Empfehlungen gründlicher Aenderung der gesamten politischen Methoden fanden taube Ohren - ganz abgesehen davon, daß sowohl Argumente, wie Schlussfolgerungen, wie praktische Vorschläge von der gegnerischen Presse grauenhaft entstellt wurden.

Der Schaden ist da - der Unfug erkannt - die Haltung der U. S. P. D. glänzend gerechtfertigt. Die Stärke der Partei ist durch den Ausfall lokaler Wahlen eindeutig der angeblichen Mehrheit (der Mehrheit vom Februar 1919) vorbeweist worden.

Als natürliche Folge der gemeinsamen Abwehrarbeit des reaktionären Büttels ist eine Verständigungsmöglichkeit gegeben. Es versteht sich von selbst, daß die U. S. P. D. nun von den wichtigen und entscheidenden Problemen ihren eigentlichen Geist offenbaren wird.

Noch immer - und gerade jetzt! - muß sie ihre revolutionären Forderungen voranstellen. Das der Kleinbürgerlichen „Einsichtigkeit“ ureigene ängstliche Leben an der Legalität (Gesetzlichkeit), das sich in der Fortkränkung der Ursachen des reaktionären Putzsches schon bewerkbar macht - die Verbohrtheit und Engstirnigkeit politisch vollständig Unerfahrenen droht die reaktionäre Gefahr zu verewigen.

Die jetzt bestehende Gesetzlichkeit befindet sich in wesentlichen Teilen in gar keiner Lebensaufregung mehr mit dem Willen und dem gesunden Rechtsgefühl der überwiegenden Mehrheit des Volkes - sie ist also in keiner Weise mehr demokratisch.

scheiden haben, denen die Wünsche der Bevölkerung ziemlich gleichgültig sind.

Das Hilfsmittel, um provisorische „Legalisierungen“ im demokratischen Sinne gedeckt vorzunehmen, bilden die Vollzugsräte, in denen die Mehrheit der Bevölkerung vertreten ist und die bis zur neuen Feststellung von dem, was nach dem Willen des Volkes „legal“ sein soll, alle Maßnahmen der unteren Organe zu überwachen haben.

Die formal bestehende Gesetzlichkeit trägt zum guten Teile schuld an den Blutbädern und der ungeheuerlichen Vernichtung von Werten, die die Deutsch-„nationalen“ in ihrer strupellos-brutalen Junkerfestsucht angerichtet haben. Im Heer, in den Regierungsapparaten, in der Justiz, überall bestehen altpreussische Geetze und Verordnungen, die die reaktionären Offiziere und Beamten der Kontrolle vollständig entziehen und damit der Gegenrevolution die gesicherte Plattform bieten, von der aus revolutionäre Errungenschaften sabotiert und die konterrevolutionäre Offensive vorbereitet werden kann.

Diese Gefahr besteht unvermindert fort. Auf gesetzlichem Wege ist sie gar nicht zu beseitigen - da sie ja gerade in dem Vorhandensein bestimter Geetze besteht - und wenn man warten will, bis diese Geetze geändert sind, dann läßt man den fieberhaft arbeitenden Reaktionen die Zeit, die sie gerade brauchen, um mit der Demokratie, den Demokraten, Republikanern, Juden und Sozialisten gründlich aufzuräumen.

Die Arbeiterschaft denkt nicht daran zu warten. Sie hat auch keine Lust, ein paar Monate zu verhandeln, denn ihre Interessen sind es erfahrungsgemäß, die damit „verhandelt“ werden.

Leute, von der Geistesverfassung der Heine, Noke, Winnig, Hörsing, Voigt und Seybold befinden sich in großer Zahl überall noch in Amt und Würden.

Hier ist es die erste Aufgabe der Vollzugsräte, durch Zugreifen - besonders im Interesse der Beschleunigung der Bewaffnung - ohne erst nach der formalen Legalität zu fragen. Sie haben mindestens 80% der Bevölkerung hinter sich. Wenn man aber die Ansicht der „Breslauer Zeitung“ (Alfred Dehst!!!) oder die des kommandierenden Generals, des Herrn Lequis, hört, so ist dieser Vollzugsrat eine rein „beratende“ Behörde.

Herr Lequis kann also mal zuhören, wenn er will, wie er ja auch ins Kino gehen kann, wenn er will. Es ist notwendig, solchen Auffassungen gegenüber klar festzustellen: entweder der Vollzugsrat zieht Herrn Lequis den Zahn - oder: er zieht gleich den ganzen Lequis - andernfalls wäre der Vollzugsrat von vornherein erledigt, denn die politischen Parteien haben gar kein Interesse an einem Unterhaltungsklub.

Die Sabotage des Sieges der Arbeiterschaft wird mit dem Instrument „Legalität“ vollzogen, dieser selbst „Gesetzlichkeit“, die die Reaktion hochgeschätzt hat. Wir haben genug von ihr. Wir werden daran gehen müssen, uns unsere eigene Legalität zu schaffen. Das - alle Anzeichen sprechen dafür - will man mit dieser Sabotage erzwingen, damit man die eben noch gegen die Obermutternde Soldateska für die Ebert auf das Proletariat loslassen kann, das sich jetzt - endlich! - zusammensindet.

Aufgabe des Vollzugsrates wird es sein, diese Gefahren zu vermeiden und alle Schiedungen durch rückwärtsstosjes Durchgreifen zu verhindern. Er kann sich seine Legalität nicht durch Verhandeln erzwingen; hinter ihm muß eine reale Macht stehen, die seinen Forderungen Gewicht verleiht. Diese reale Macht ist die republikanische Volkswehr, die ihrerseits wieder in Kern und Klasse aus der organisierten Arbeiterschaft aller Richtungen besteht.

Begint den Hausbau bei den Fundamenten, nicht am Dache! Die Reaktion handelt - während ihr verhandelt. Schafft euch die Macht, das ist euer Recht, eure Pflicht.

Nachher können wir darüber reden, was „legal“ ist. Das gesamte Proletariat steht hinter euch - und wartet.

Eberts Polizist?

„Der Vollzugsrat ist ungefährlich und seine Forderungen sind daher unzulässig.“ Das ist die Dummesheit der Worte des neuen Militärbefehlshabers des VI. A. K., mit denen er am Montag Abend bei den Vertretern der hiesigen Presse „Vertrauen für seine Person zu werben“ suchte. Wir glauben, daß er hiermit und durch seinen Aufruf an die Reichswehr nicht nur die Arbeiterschaft, sondern weite Kreise bis tief in die Demokraten und das Zentrum hinein vor den Kopf gestoßen hat. So liegt uns eine Vertrauensfrage des D. D. P. vor, in der der Ueberzeugung Ausdruck gegeben ist, daß ein weiteres Verbleiben der Demokraten im Vollzugsrat ein Gebot der Stunde ist.

Zurzeit eine juristische Unterredung darüber anstellen, ob und inwiefern der Vollzugsrat verfassungsgemäß ist, heißt sich in seiner ganzen politischen Kindsköpfigkeit offenbaren. Allen schon bestimmend für die Rechtmäßigkeit des Vollzugsrats ist - abgesehen von der Notwendigkeit seiner Existenz - der Umstand, daß der Fünfschneerauspruch vom Unglücksjonnabend auf Wunsch der obersten Gewalt in Schlesien (auch der militärischen, Herr General!) eingesetzt wurde. Und nicht nur der entschiedene Sozialist, sondern unser gesamtes, 5 Tage lang von arbeitsscheuen Verbrechern („Herren“) verprügeltes Volk hat einbringen des Interesse daran, die Wiederholung solcher Putzsch zu verhindern. Niemand prophylaxe in gegenwärtig unser aller Aufgabe, und die wichtigste und vornehmste des Generalkommandos. Durch einen Abtransport der staatsgefährlichen Freikorps und der sonstige am Umsturz beteiligten Truppen ist aber nichts erreicht. Vielmehr muß die sofortige Auflösung dieser Formationen erfolgen. Die sich hierbei ergebenden Schwierigkeiten werden überwunden durch die Bewaffnung der hinter dem Vollzugsrat stehenden verfassungstreuen Arbeiter und Bürger.

Wird unser warnender Vorschlag nicht gehört, so dürfte Generallieutenant Lequis ein gleiche Schicksal erleben wie sein Vorgänger v. Friedberg, der sich auch auf die „Stufenleiter des Schorjams“ verließ und dabei zum eigenen und aller Breslauer Schaden herunterpurzelte. Wie hieß es doch in der offiziellen Erlaubung über den Rücktritt Friedbergs? „Da die untergebenen Offiziere und Truppen die Lage anders beurteilten...“ - Obne die Persönlichkeit des neuen Kommandierenden, dessen Vergangenheit auch sympathische Blicke aufweist, anzudeuten, muß darauf verwiesen werden, daß die suggestive Kraft seiner Person das weitere Positionieren dieser Soldateska nicht verhindern wird. Wie der Beschluß zum Abtransport der Eiser beweist, verstoßen die alten Offiziere auf dem Generalkommando sogar, den Spieß umzulehren und Strafen auf den höchsten Vorgesetzten zu gewinnen.

Wenn schon ein General seines Berufs ein veredeltes Polizistentum anstrebt, so raten wir dringend, zuerst den Polizisten im eigenen Hause zu spielen. Der muß mit dem Großvater endlich begonnen werden. Statt dessen man immer noch im alten Fieberhafe zu sein. Ja, man frage es dort ting bei dem fertig eifrigt den Rostertag von 12. Dezember zum Schutze der Glasöfenwerke und der technischen Nothilfe zu verbleiben. Die Arbeiter und Beamten der verbleiben Stelle zu verbleiben.

Wachtung!! Arbeiter und Angestellte! Ueber die Ursachen des Zustandekommens der schwarz-weiß-roten Fünfstageregierung und ihre Lehre für das Proletariat sprechen heute Donnerstag, 7 Uhr abends im Schiekwerder und im Kronprinz (Westendstraße) unsere Genossen Ziegler und Gruschwitz. Sorgt für Massenbesuch! Ortsrat U. S. P. D. Breslau.

lediglich, daß von Seiten der Arbeiterschaft im
Vogelnde und in verschiedenen Städten kom-
munistische Aktionsausschüsse gegründet worden
sind. Das scheint verschiedenen Spielern schon
auf die Nerven gefallen zu sein.

In Potsdam und Meißener liegt die ge-
samte Macht in den Händen der organisierten
Arbeiterschaft. Für die Amtshauptmannschaft
Glauchau ist ein gemeinsamer Vollzugsrat ge-
bildet worden.

Die Arbeiter im Sagan-Deßnitzer Kohlen-
gebiet haben die Arbeit wieder aufgenommen
unter folgenden Bedingungen: 1. Abgabe der
Waffen seitens des Bürgertums an die Aktions-
ausschüsse, 2. Auflösung der Zeitfreiwilligen,
3. Belegung der Offiziersstellen in der Ein-
wohnerwehr durch intelligente organisierte Ar-
beiter, 4. scharfe Kontrolle der Kohlenverteilung
durch die Arbeiterschaft, 5. Entlassung der
politischen Gefangenen. Bei Nichtdurchführung
dieser Forderungen wollen die Arbeiter wieder
geschlossen in den Ausstand treten.

Leipzig, 19. März. Bei den Verhandlungen
zwischen Vertretern der Arbeiterherrschaft und
der Militärbehörden in der Nacht zum Donner-
stag wurde eine Vereinbarung getroffen, die die
Herbeiführung des Friedenszustandes in Leipzig
ermöglichen sollte. Die Arbeiter nahmen jedoch
in den von ihnen abgehaltenen Versammlungen
diese Vereinbarung, die unter anderem die Ent-
waffnung der Arbeiter bis zum 20. März vor-
sah, nicht an und eröffneten um 12 Uhr mittags
wieder den Angriff.

Hierin erblickte der Stadtkommandant General
Senft v. Pilsach einen Bruch des Abkommens
und erteilte nunmehr den Befehl zur Alarmierung
der Reichswehrbrigade 19 und zum Einmarsch
in die Stadt, um dem bedrängten Zeitfreiwilligen-
regiment zu Hilfe zu kommen. Weiter wurde
der verstärkte Belagerungszustand über Leipzig
verhängt. Bis in die Nacht hinein wütete der
Kampf, bei dem von Seiten der Truppen auch
Artillerie verwendet wurde. Die Arbeiter haben
überall Barrikaden errichtet. Ein Militärflug-
zeug warf Bomben auf den Johannisplatz ab;
ein anderes Flugzeug, das zur Erkundung über
der Stadt kreiste, wurde von den Arbeitern
abgeschossen, wobei der Militärlieutenant
Bächner den Tod fand. Die hauptsächlichsten
öffentlichen Gebäude befinden sich auch in den
Händen der Zeitfreiwilligen. Die Kämpfe
dauern bis zur Stunde noch an.

Über die blutigen Verluste aus den Kämpfen
seit Mittwoch nachmittag ist Bestimmtes bisher
noch nicht bekannt geworden, doch sollen sie auf
Seiten der Arbeiter ziemlich groß sein. Man
spricht von Hunderten von Toten und Ver-
wundeten.

Die Zerstörungswut der Zeitfreiwilligen und Militärgarden in Leipzig.

Nachdem wir nunmehr wieder direkte Nach-
richten aus Leipzig haben, zeigt es sich, wie
wir auf Grund früherer Erfahrungen schon
vermuten konnten, daß die bürgerlichen Nach-
richten Schwindel waren, soweit sie sich auf
das Verhalten der Arbeiter, bzw. ihrer bewaff-
neten Gegner bezogen. Das Leipziger Volks-
haus ist ganz systematisch in blindwütigem
Fanatismus gegen die Arbeiterschaft zerstört
worden. Dabei sind besonders an dem Personai,
das mit hochherbehaltenen Händen abgeüht worden
ist, gemeine Brutalitäten von der ausgeputzten
Soldateska verübt worden. Nach Urteil Sach-
verständiger ist das Volkshaus, das stolze Wahr-
zeichen der Leipziger Arbeiterschaft, außerdem
mit Vorbedacht angezündet worden. Bei den
Ausräumungsarbeiten wurde eine Brand-
röhre gefunden, die benutzt worden ist,
das Gebäude in Brand zu stecken. Ein weiterer
Beweis dafür, daß es sich nicht um einen
„Unglücksfall“, sondern um ein als Rachakt
gegen die im Volksfreiwillichen und Volksrechte
kämpfende Arbeiterschaft vorgenommene Brand-
stiftung handelt.

Die Reichswehr kämpfte in Leipzig Seite
an Seite mit den Studenten, die in gemein-
provokierender Weise für die Vermittlung
ihrer gegenrevolutionären Pläne arbeiteten. Das
muß man wissen, um die maßlose Schütterung
zu verstehen, die in der Leipziger Arbeiterschaft
aufgehäuft ist. Bisher lagen nur entstellte
Berichte vor. Die Grenznachrichten über den
sogenannten „Mob“ stellen sich nach Berichten
von Augenzeugen ebenfalls als Schwindel heraus.

Weiteres aus dem Reiche.

Kiel. Die Brigade Löwenfeld hat
in Kiel kapituliert. Ein Teil davon entkam
über den Nordostkanal.

Bewegung in der Marine?

Kiel, 22. März. Die Marine hatte am
Mittwoch nachmittag ihre Offiziere ent-
waffnet und an Bord festgehalten. Nun-
mehr haben Unteroffiziere und Mannschaften
den Kommandanten erklärt, daß sie kein Ver-
trauen mehr zu ihren Offizieren hätten und
sich ihnen nicht weiter unterstellen wollten.

Man möge die Offiziere eine gewisse Zeit von
Bord fernhalten, damit die Marine sich ihre
Offiziere selbst wählen könne. Anderen-
falls würden die Marineformationen sich auf-
lösen und auseinandergehen. Da vom Reichs-
wehrministerium Anweisung vorliegt, unter allen
Umständen dafür zu sorgen, daß die militärischen
Formationen zusammengehalten werden, dürfte
dem Verlangen der Marine stattgegeben werden,
gleichviel welche Konsequenzen die Offiziere
daraus ziehen.

Kiel, 22. März. Nach der „Schleswig-
Holsteinischen Volkszeitung“ wurde Admiral
von Levetzow, der vormalige Chef der
Marinestation Ostsee, mit zwei Marineoffizieren
in Lütjenburg von Arbeitern festgenommen
und in das Gefängnis in Kiel eingeliefert.

Stettin, 20. März. Generalleutnant von
Bernuth ist seines Amtes als Kommandierender
des Bezirkskommandos 2 entbunden worden.
Zu seinem Nachfolger wurde General Schrens
ernannt. Die in die Stadt vorgeschobenen
Truppen wurden zurückgezogen. Der
Aktionsausschuß beider sozialistischen Parteien
übernimmt es, für Ordnung zu sorgen. Der
Generalaufstand geht weiter.

Ausland.

Sonderfrieden mit Amerika?

Paris, 23. März. Nach einer Meldung
des Exchange-Telegraph aus Washington wird
Präsident Wilson mit Deutschland und Oester-
reich über einen Separatfrieden verhandeln.

Im amerikanischen Senat stimmten 49 Mit-
glieder für die Ratifikation des Friedensver-
trages, dagegen 35. Die erforderliche Zwei-
drittelmehrheit kam nicht zustande. Der Senat
hat also die Ratifikation verweigert. Laut
Häutermeldungen hat Senator Knox eine Ent-
scheidung eingebracht auf Abschluß eines Sonder-
friedens und Wiederaufnahme der Wirtschafts-
beziehungen mit Deutschland.

Provinz.

Strafe für Verfassungstreue.

Trebnitz. Das Generalkommando auf dem
Papier trennend zur Verfassung stehend, beginnt schon
wieder, sein wahres (reaktionäres) Gesicht zu
zeigen. Dem demokratischen Landrat Dr. Menzel,
der aus seiner Abneigung gegen das Klappgesindel
keinen Hehl gemacht und sich als ehrlicher
Demokrat auch in der Putschwoche erwiesen
hat, will man hierfür 500 Mark Strafe auf-
halsen. Dr. Menzel protestiert gegen diese
schändliche Behandlung. Er schreibt uns:

Ich habe den bestimmten Eindruck, daß die
militärischen Stellen sich für meine Kreisblatt-
bittamtmachung, durch die ich einen Unter-
suchungskommissar für die Untersuchung der
mit dem Staatsstreich zusammenhängenden mili-
tärischen und zivilen Vorgehen eingesetzt habe,
rächen wollen, indem sie eine so ungeheuer
starke Besetzung in die kleine Stadt Trebnitz
legen.

Abgesehen davon, daß die Stadt ohne die
schwersten Schädigungen keine so starke Ein-
quartierung aufnehmen kann, fällt hier ganz
besonders das politische Moment ins Gewicht.
Es ist auch nicht einzusehen, aus welchem
Grunde gerade Trebnitz diese Einquartierung
erhält, und warum man nicht die Truppe,
wenn sie durchaus an keiner anderen Stelle
untergebracht werden kann, als im Kreise
Trebnitz, auf das flache Land legt.

Trebnitz und auch Obernitz müssen un-
bedingt militärfrei bleiben, weil sonst die, durch
das Wüten der Baltikumtruppe schwergezielt
Arbeiterschaft durch diese neue Provokation zur
blutigen Selbsthilfe getrieben werden wird.
Ich habe dieshalb dringende Telegramme an
den Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, den
Staatskommissar und an den kommandierenden
General gerichtet, ferner hat sich sofort eine
Arbeiterdeputation zu denselben Stellen nach
Breslau begeben.

Wiederaufnahme der Arbeit in Waldenburg.

Waldenburg i. Schl., 23. März. Wie wir
aus zuverlässiger Quelle erfahren, haben die
heute früh gemeldeten Verhandlungen mit der
aus Breslau entsandten Kommission zu vollem
Erfolge geführt. Nachdem gestern abend noch
größere Schlußdemonstrationen erfolgt sind,
welche in tadelloser Ordnung verliefen, ist heute
überall im Waldenburger Kreise mit der Wieder-
aufnahme der Arbeit begonnen worden. Morgen
dürfte sie in vollstem Umfange wieder aufge-
nommen sein. Die Streikarbeiter sind
dadurch erleichtert worden, daß die Truppen
in der vergangenen Nacht abgezogen sind.

Leipzig. Die zweite Revolution hat hier
den Oberpräsidenten und über ein Dutzend
Gefangenen gebracht. In der Verhandlung der Toten be-

stelligten sich die städtischen Körperschaften, die
Gewerkschaften und eine unabsehbare Menschen-
menge. Die Geistlichen beider Konfessionen
hielten Ansprachen. Die Beerdigung, die auf
Kosten der Stadtgemeinde geschah, nahm einen
ruhigen, ungestörten Verlauf.

Hirschberg. Nachdem am Dienstag v. M.
das Militär den Bahnhof besetzt und abgeperert
hatte, wurde es von einigen „Schreibern“ beschimpft.
Als schließlich 2 Soldaten die Gewehre ent-
rissen wurden, sah sich das Militär genötigt,
zu feuern. Dabei gab es 4 Tote und 12 Ver-
wundete; von den letzteren sind später noch drei
gestorben. Es ist dann noch einmal auf dem
Markte zu einem kleinen Zusammenstoß ge-
kommen, bei dem es einen Verwundeten gab.
— In Buchwald wurden 9 Personen verhaftet,
die im dortigen Schlosse des Frhrn. v. Kott-
han die dort liegenden Gewehre des Militär-
vereins abgeholt hatten.

Sörth, 20. März. In der gestrigen Stadt-
verordnetenversammlung trat nach erregter Aussprache
über die letzten Ereignisse der deutschnationalen
Stadtverordnetenversammlung Justizrat Noth von
seinem Amte zurück. Darauf wurde folgender
Antrag angenommen: Die Stadtverordneten-
versammlung fordert von dem Reichswehr-
ministerium die sofortige Entlassung des Obersten
Fanzel aus Sörth.

lokales.

Breslau, den 25. März.

Vollzugsrat.

Was ist die Volkswehr?

In den letzten Tagen war als neue Er-
scheinung in Breslau Straßenbild der bewaff-
nete Polizist zu sehen. Mit Gewehr und Seiten-
gewehr, mit Patronentasche und Armbinde, sonst
aber im schlichten Bürgerrock erschienen Pa-
trouillen, zum Teil in Begleitung von Sicher-
heitswehrlenten der sogen. „grünen Polizisten“
wie sie zum Unterschiebe von der „blauen
Polizei“ der Volksmund bezeichnet. Eigentlich
ist ja die Volkswehr gar keine Neuerung,
es ist die alte Einwohnerwehr, jetzt vorsichtiger-
weise unter Ausschaltung der poli-
zeihaft gerichteten deutschnatio-
nalen Elemente. Der „bewaffnete Arbeiter“
also — vor dem die Reaktion den braven
Bürger wollte gruseln machen — ist in Er-
scheinung getreten, er ist unter Schutz gegen er-
neute Ueberfälle jener Heeresreste, die sich Frei-
führer mehr eine Garantie übernehmen kann.

Für die Opfer der Gegenrevolution.

Der Vollzugsrat hat in einem Aufruf zur
Sammlung von freiwilligen Spenden für die
durch die Militärrevolte gefallenen Volksgenossen
aufgefordert. Es ist zwar Aufgabe der Regie-
rung für die Hinterbliebenen zu sorgen, in-
zwischen ist aber sofortige Hilfe dringend ge-
boten. Wir fordern unsere Parteifreunde auf,
sich recht zahlreich an diesen Spenden zu be-
teiligen. Wir haben in unserem Parteibüro,
Nikolaistr. 7, eine Sammelstelle für freiwillige
Spenden errichtet.

Die erlogene Entwaffnung der Eifer durch die Arbeiter.

Der kommandierende General Equis hat
gestern Vertretern des R. F. D. erklärt, er würde
die Eifer nicht von Breslau entfernen. Später
gelang es seiner Umgebung, ihn einzustimmen:
der Abmarschbefehl wurde aufrecht erhalten.

In ihrer Angst durch die zahlenmäßig über-
legenen Freikorps entwaffnet und zerprügelt zu
werden, wandten sie sich an die Arbeiterschaft
um Hilfe. Eine starke Demonstration begab
sich an die Kasernen. Zunächst wurden Waffen
und Munition abgegeben. Drei Führer der
Kommunisten und fünf der U. S. P. griffen so-
fort ein und veranlaßten die Massen, die Waffen
sogar wieder zurückzugeben. Einige Soldaten
befürchteten für die Nacht einen Ueberfall auf
die Kasernen durch Freikorps und gingen mit
Verwandten nach Haus um sich in Sicherheit
zu bringen. Einige wenige haben vielleicht den
Anordnungen der Kommunisten und Unabhän-
gigen nicht Folge geleistet und Waffen mitge-
nommen.

Wir fordern das organisierte Proletariat
aller Richtungen auf, sofort energisch dafür zu
sorgen, daß die Waffen restlos an den Voll-
zugsrat abgegeben werden, damit die Bewaff-
nung planmäßig und ordentlich erfolgen
kann und nicht wüsterer Elemente das Ansehen
der Volkswehr schädigen.

U. S. P. D. Breslau. R. F. D. Breslau.

Bermittelt.

In der Nacht vom Sonnabend, den 18. zu
Sonntag, den 19. März d. J. ist der Ober-
beamte Carl Boronow aus Breslau, 4. Obdiner
Straße 5 in Schußhaft genommen worden. Er
ist nachts nach dem Festungsgefängnis ge-

führt worden. Dort ist er am 16. oder
17. März seiner Mitter von einem Schützen
die Axt ausgestellt worden, daß er in den
Freiburger Bahnhof eingeliefert und von dort
von Mannschaften der 2. Marine-Brigade
unter Führung des Leutnants Komman-
dant weiterverlegt worden ist. Alle Bemühungen
zu ermitteln, wohin er geschafft worden ist,
waren vergeblich.

Ich bitte alle diejenigen, die über den Ver-
bleib des Carl Boronow etwas wissen, sich so-
bermöglich an mich zu wenden.

Rechtsanwalt Dr. Alfred Reim,
Breslau, Ohlauer Str. 5/6,
Telef. Ohle 512.

Die revolutionäre Arbeiterschaft über die Forderungen der Stundel Eine öffentliche Versammlung im Schießwälder.

Der überfüllte Schießwälder Saal, in
welchem riesigen Massen die Arbeiterschaft im
Rufe der R. F. D. gefolgt war.

Der Referent, Genosse Müller, brachte
noch einmal die letzten Vorgänge, die schließlich
zur Bildung des Vollzugsrates geführt haben.
Auf diesen und seine Tätigkeit näher eingehend,
rühmte er vor allem auch die Energie
seiner demokratischen Mitglieder.
Mannigfaltig sind die Aufgaben und riesengroß
das jetzt schon vorliegende Material. Aber die
Zusammensetzung des Vollzugsrates verbürgt den
Erfolg. Auf die allgemeine Lage eingehend,
bewies er die Wichtigkeit der kommunistischen
Forderungen, die bisher stets als Utopien ver-
lacht und bespöttelt worden seien. Genosse
Müller forderte unter spontanem Beifall den
Anschluß an Sowjetrußland, als der
einzigsten Macht, die uns wirtschaftlich
helfen kann. Ebenso müsse das Proletariat
jetzt einzig im revolutionären Sinne zusammen-
halten. Sollte aber wider Erwarten der Voll-
zugsrat sich als stumpfe Waffe erweisen, und
etwas die Einigkeit in die Brüche gehen, dann
ist der Platz aller Proletarier auf der revolu-
tionären Front und dann heißt es: Handeln!
Der riesige Beifall war das Ergebnis der
Arbeiterschaft, in dem geforderten Sinne bereit
zu sein.

Von der S. R. D. sprach in der Diskussion
Genosse Winger. Er vermochte sich nicht
immer Zustimmung zu verschaffen. Er hat die
Streitbrecher diesmal noch nicht als Streitbrecher
wie sonst zu behandeln, sondern eine Massen-
aufklärung ins Werk zu setzen, damit bei dem
eventuellen nächsten Kampf die Phalanx noch
geschlossen ist. Er sagte das Einsetzen des Voll-
zugsrates für die restlose Bewaffnung der orga-
nisierten Arbeiterschaft zu, bezweifelte indessen
den Erfolg und warnte vor Einzelkämpfern.
Desgleichen wird für die Entfernung der am
Putsch beteiligten Studenten von der Universität
gesorgt werden, (warum sitzen diese Putsch-
räter noch nicht hinter Schloß und Riegel? Die
Red.), ebenso wird man, wie im übrigen Deutsch-
land zur Beschlagnahme der Vermögen schreiten
und mit eisernem Besen auch in dem reaktio-
nären Beamtenstand ausfegen. Auch die „So-
noffen“ Weigt und Phüpp sollen verschwinden,
vorderhand jedoch wären sie noch unerheblich (O
und hätten sie die Pflicht, wenigstens einiges
wieder gut zu machen.

Genosse Ziegler, mit lebhaftem Beifall
empfangen, ging etwas näher auf die Ursachen
des Putsches ein und zeigte an überzeugenden
Beispielen, wie die Regierung selber, allen
voran der „Sozialdemokrat“ Koste den Putsch
in 1 1/2 Jahren organisiert hat. Bewaffnung
der Offiziere und Studenten, Entwaffnung der
Arbeiter (oft auf grausame Weise), Beseitigung
der Kontrollinstanzen (der Arbeiter- und Sol-
datenräte), Auflösung der reaktionären Ein-
wohnerwehren, der Zeitfreiwilligen, der tech-
nischen Nothilfe (dieser gemeinen Streifen-
garde) usw. Die Unfähigkeit der Beamten nach
weisend, verlangte er Entfernung des gesamten
Beamtenkörpers. (Was durch das Räuberhand-
sowie geschehen wird.) Genosse Ziegler warnte
des weitern davor, sich nun in Sicherheit
zu wiegen. Die Reaktion ruht nicht.
Neuerdings sucht sie mit dem Volkswahnsinn
Propaganda für sich zu machen. In Breslau
sind die Herren allerdings von dem Demobilen
Herrn Dr. Köhlich sehr ungeliebt und auch
sogar in weisheitlicher Weise abgefertigt worden.

Genosse Michalsky forderte Auffklärung
nicht nur Abtransport aber allem der Re-
aktionäre, deren Offizierkorps die Seele der
Reaktion sei und denen auch der Landesverwalter
v. Schmettow angehört. Er verlangte, die
Schändlichen herbeizuführen, er von seiner Seite
der Breslauer Gefangenen. Wohl seien die
Kernkräfte der Armeen oft wegen überhöhten Ver-
gehens von Anstand in Untersuchungshaft
gehalten, wurde allen menschlichen Empfinden
doch freudigen typischen Verhältnissen
über seinen einzigen Vorkämpfer vom Offi-
zier sein er angeordnet. Er forderte
den Redaktor Datz von der

